

Auer Tageblatt

Anzeiger für das Erzgebirge

Veröffentlichungen nehmen die Redaktion und für Anzeigen die Postämter entgegen. — Erscheint wöchentlich. Fernsprech-Anschluß Nr. 23.

Verantwortlicher Redakteur: Dr. Kurt Müller. Druck: Druckerei des Auer Tageblattes, Leipzig. Preis: 10 Pfennige. Anzeigenpreis: 10 Pfennige. Anzeigenpreis: 10 Pfennige. Anzeigenpreis: 10 Pfennige.

Telegramme: Telegraph Auerzeitung. Enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Aue. Postfach-Nr. 1000

Nr. 206

Sonnabend, den 7. September 1929

24. Jahrgang

Briand spricht im Völkerbund

Briand sagt, Frankreich habe im Haag Opfer gebracht! — Er freut sich, daß England und Amerika zur See abzurufen wollen — Er fordert wirtschaftliche Annäherung der europäischen Staaten

Die gestrige Vormittags-Sitzung der Völkerbundsversammlung hat von Anfang an das Bild eines großen Tages. Kurz vor der Sitzung war bekannt geworden, daß Briand am Vormittag sprechen werde. Tribünen und Saal füllten sich daher rasch bis auf den letzten Platz.

Nach einer Rede des belgischen Außenministers Snymans, der besonders das Problem der wirtschaftlichen Abstützung mit dem Ziel der Festigung der wirtschaftlichen Solidarität aller Völker und des wirtschaftlichen Zusammenhanges von Europa in den Vordergrund gestellt hatte, erteilte der Präsident das Wort an den französischen Premierminister.

Ministerpräsident Briand

Der sich unter stürmischem Beifall von seinem Platz erhob und die Rednertribüne bestieg. Seine einstündigen Ausführungen begannen Briand mit der Feststellung, daß ernste Schwierigkeiten, die oft unüberwindbar schienen, beseitigt worden seien. Verschwunden sei vor allem die schlimmste Gefahr, nämlich der ironische Szeptizismus gegenüber der Tätigkeit des Völkerbundes, der in diesen zehn Jahren eine internationale moralische Macht geworden sei, wie sie die Geschichte bisher nicht gekannt habe. Eine große Lücke aber bleibe auch trotz der Beurteilung des Krieges als Verbrechen immer noch offen, und solange diese Lücke nicht ausgefüllt werde, habe der Völkerbund, so sagte Briand unter lebhafter Zustimmung der Völkerbundsversammlung, keine Pflicht nicht getan. Was wird der Völkerbund tun, wenn trotz Völkerbundsvertrag und Kellogg-Pakt ein Krieg ausbrechen sollte? Der Völkerbund muß diese Aufgabe bald erfüllen, und Briand glaubt, daß die Schwierigkeiten, die heute noch bestehen, nach und nach verschwinden werden. Das Ergebnis der Haager Konferenz sei ein neuer Beweis für den Geist, den der Völkerbund in der Welt verbreite. Trotz aller Schwierigkeiten habe er sich immer wieder im Haag gesagt, daß ein Auseinandergehen ohne die Durchführung des vor einem Jahr in Genf aufgestellten Programms ein fürchterlicher Schlag gegen die ganze Friedensarbeit des Völkerbundes bedeuten würde. Freilich sei umgekehrt jeder Erfolg gerade auch dank dem Bestehen des Völkerbundes erzielt worden. Hätte er im Haag auf dem Wege der Liquidation des Krieges keine Opfer zu bringen verstanden, so wäre er in seinem Lande so empfangen worden, wie er es unter solchen Umständen verdient haben würde. Die letzten Schwierigkeiten zwischen Frankreich und Deutschland seien nunmehr behoben. Die Zusammenarbeit beider Länder werde sich enger gestalten. Aber noch einmal müsse er sagen, daß ohne die vom Völkerbund geschaffene Atmosphäre der Erfolg nicht möglich gewesen wäre.

Zum Abrüstungsproblem übergehend, betonte Briand die „heilige Pflicht“ in Bezug auf die Herabsetzung der Rüstungen auf Grund des Artikels 8 des Völkerbundsstatuts. Im Vorbereitenden Ausschuss für die Abrüstungskonferenz seien auch im abgelaufenen Jahre neue Fortschritte erzielt worden. Wenn nunmehr die Verständigung zwischen England und den Vereinigten Staaten über die Seeabrüstung zustande komme, so sei er sicher, daß die Arbeiten des Abrüstungsausschusses rasch zum Abschluß gebracht und die Abrüstungskonferenz selbst bald einberufen werden kann. Beifällig begrüßte der Sprecher die englisch-amerikanischen Verhandlungen, die er mit größter Aufmerksamkeit und mit der bestimmten Hoffnung verfolgte, daß sie zu einer Verständigung führen.

Ein anderes wichtiges Problem sei das der wirtschaftlichen Abstützung. Dieses Problem dürfe nicht allein nach technisch-wirtschaftlichen Beziehungen angefaßt werden, sondern müsse als politisches Problem von den Regierungen behandelt und schließlich einer Lösung entgegengeführt werden. Nach seiner Auffassung handelt es sich dabei um eine Annäherung der Völker auf wirtschaftlichem Gebiet im gleichen Interesse und zum gleichen Nutzen aller Völker in Europa. Durch eine derart hergestellte europäische Solidarität würden föderalistische Bande geschaffen, ohne daß die Souveränität der einzelnen Staaten dadurch angetastet würde. Ein solches Werk wäre nicht nur wirtschaftlich, sondern auch politisch und sozial

von gemeinsamem Vorteil. Vielleicht wäre es möglich, schon in der nächsten Völkerbundsversammlung sich über dieses Thema eingehender zu unterhalten.

Schließlich teilte Briand unter starkem Beifall der Versammlung mit, daß Frankreich noch während dieser Tagung seine Unterschrift unter die Fakultativ-Klausel des Haager Statuts über die obligatorische Schiedsgerichtsbarkeit erneuern werde, nachdem die vor fünf Jahren gegebene Unterschrift, die bekanntlich an das Inkrafttreten des Genfer Protokolls gebunden war, hinfällig geworden sei.

Briand feierte schließlich den Schiedsgerichtsgedanken und die schiedsrichterliche Tätigkeit des Haager Gerichtshofes, vor dem Frankreich vor kurzem den Jonenprozeß gegen die Schweiz verloren habe. Niemand, der vor dem Haager Gericht einen Prozeß verliere, dürfe darin eine Schmach oder einen Prestigeverlust erblicken. Die Welt müsse vielmehr begreifen, daß jedesmal, wenn ein Krieg verhütet wird, ein gemeinsamer Sieg davongetragen wird. Eine gewaltige Ökonomiefrage liegt darin, daß heute, bevor sich in einem Konfliktfall die Heere entgegengerehen, die Regierungen Auge in Auge miteinander verhandeln müssen, um eine friedliche

Ösung des Konflikts zu finden. Auf diesem Wege müsse weiter fortgeschritten werden dadurch, daß alle Friedensmöglichkeiten gefördert und alle Kriegsbäume ausgerottet werden. Nur so werde der Tag kommen, wo der Frieden wirklich gesichert ist.

Reichsminister Dr. Curtius beim Reichspräsidenten

Reichspräsident von Hindenburg empfing gestern den Reichswirtschaftsminister Dr. Curtius, der ihm in Vertretung des Reichsministers des Auswärtigen Dr. Stresemann Bericht erstattete über den Gang und das Ergebnis der Haager Konferenz. Der Reichspräsident sprach dem Minister, zugleich mit dem Ersuchen um Uebermittlung an die übrigen Mitglieder der Delegation, seinen Dank für die in schwierigen und mühevollen Verhandlungen geleistete Arbeit aus. Insbesondere gab der Reichspräsident seiner Befriedigung darüber Ausdruck, daß endlich das Recht Deutschlands auf Befreiung des Rheinlandes vom Druck fremder Besatzung in naher Zukunft erfüllt werden soll. Der Reichspräsident sprach ferner die Erwartung aus, daß von der jetzt erreichten Etappe aus die Lösung der noch offenen Reparationsfragen und die volle Wiederherstellung der deutschen Staatshoheit erkämpft werden möchte.

Bombenattentat in Lüneburg

Lüneburg, 6. September.

Heute nacht gegen 1 Uhr explodierte neben dem Haupteingang zum Regierungsgebäude mit furchbarem Knall und großer Sprengwirkung eine Bombe. Ein Pfeiler des Kellergewölbes, in das die Bombe gelagt worden war, wurde herausgerissen. Sämtliche Fenster des gegenüberliegenden Rathauses, viele Fenster des Regierungs- und anderer Gebäude sind zertrümmert. Von den Tätern fehlt jede Spur.

Anonyme Briefe

Drohungen mit neuen Bombenattentaten

Die geheimnisvolle Attentatsserie in Norddeutschland und der Pölemaschinenanschlag auf das Reichstagsgebäude haben eine neue geheimnisvolle Fortsetzung gefunden. Die verschiedensten Behörden und Unternehmungen haben Drohbriefe erhalten, in denen Sprengstoffattentate angekündigt werden. So hat, der „Nachtausgabe“ aus Berlin zufolge, in den letzten Tagen auch die Oberpostdirektion Berlin eine Reihe von anonymen Schreiben erhalten, wonach gegen die Fernsprechanlagen in Berlin Attentate geplant seien. Die Kriminalpolizei hat bereits Maßnahmen ergriffen, um etwaigen tatsächlich vorhandenen Wächtern unverantwortliche Elemente zu begegnen. In alle Fernsprechanlagen sind telegraphische Wefungen ergangen, ihre Gebäude strengstens überwachen zu lassen. Gleichzeitig sind die Ermittlungen nach den unbekanntem Briefschreibern mit dem größten Nachdruck aufgenommen worden.

Ein Bombenattentäter stellt sich!

Politischer Fanatismus

Die „Boskische Zeitung“ meldet aus Frankfurt am Main:

„Bei der hiesigen Staatsanwaltschaft meldete sich gestern abend der 30 Jahre alte Kaufmann Joseph Diett und gab an, daß er es sei, der das Bombenattentat auf das Reichstagsgebäude verübt habe. Bei einer eingehenden Vernehmung vor der Staatsanwaltschaft sagte er aus, daß er den Anschlag aus politischen Gründen verübt habe, um damit zum Ausdruck zu bringen, daß er und seine Gefinnungsgenossen mit den augenblicklichen Verhältnissen unzufrieden seien. Er gab an, daß ihn politischer Fanatismus zu der Tat veranlaßt habe; und er habe jetzt die Absicht, für diese seine Tat auch einzustehen. Von den Komplizen, die er bei dem Anschlag gehabt haben soll, hat er noch niemand genannt. Bei der Staatsanwaltschaft haben die Aussagen des Mannes einen ersten zu nehmenden Eindruck gemacht.“

Ausländer planen Attentate in Deutschland

Verhaftung Pleischkatis' bei Gedächtnis

Deutsche Landjäger verhafteten gestern zwischen Weichseln und Ostpreußen den Führer der litauischen Emigranten in Polen, Pleischkatis, und fünf seiner Anhänger. Bei den Verhafteten wurden zwei Gewehre, sechs Revolver, sechs Handgranaten,

sechs schwere Bomben und viel Munition vorgefunden. Die Verhafteten gaben an, daß sie seit zwei Jahren in Polen lebten und den Versuch machen wollten, über die Grüne Grenze nach Litauen vorzudringen, um dort Verwandte zu besuchen. Die Verhafteten wurden gefesselt und dem Amtsgericht in Stallupönen zugeführt.

Die starke Bewaffnung der sechs Festgenommenen läßt vermuten, daß diese einen Handstreich geplant haben. Man nimmt an, daß sie vielleicht den Eisenbahngang, mit dem der litauische Ministerpräsident Wolbemas von Genf nach Litauen zurückkehren wird, in die Luft sprengen wollten. Ob diese Annahme berechtigt ist, wird eine spätere Untersuchung erst zu ergeben haben.

Pleischkatis hat die Deffenlichkeit, namentlich des Ostens, in den letzten Jahren häufig beschäftigt; er war der Hauptführer der politischen Bewegung, die sich gegen den litauischen Ministerpräsidenten Wolbemas und das jetzige Regierungssystem richtete. Er trat zum erstenmal vor zwei Jahren durch den von ihm organisierten Lauenroger Putsch besonders in Erscheinung. Der Aufstand wurde mit Waffengewalt unterdrückt, und Pleischkatis und seine Anhänger flohen nach Wilna. Von hier aus führte Pleischkatis den Kampf gegen Wolbemas weiter, indem er gleichzeitig die polnischen Ansprüche auf Wilna verteidigte. Der litauische Ministerpräsident hat dem Völkerbund erst kürzlich Material hierüber vorgelegt, und noch wenige Tage vor seiner Abreise nach Genf in einem Telegramm an den Völkerbund erneuert auf die Umtriebe des Emigrantenführers hingewiesen. Nach diesen litauischen Darstellungen hat Pleischkatis in Wilna ein militärisches Emigrantenkorps organisiert und ausbilden lassen. Litauische Regierungskreise haben auch die Zwischenfälle an der Grenze, von denen man in der letzten Zeit verschiedentlich hörte, auf Pleischkatis zurückgeführt, ebenso das Attentat, das vor einigen Monaten in Kowno auf Wolbemas verübt wurde. Pleischkatis war ursprünglich Sozialdemokrat, ist aber bereits seit langem aus der Sozialdemokratischen Partei in Wilna ausgeschlossen.

Die Zeppelin-Ozeanlinien

Nach seiner ersten Besprechung mit den Vertretern Neuporter Bankhäuser und der Goodpear Zeppelin Co. erklärte Dr. Edener, daß die amerikanische und die deutsche Zeppelin-Gesellschaft zweifellos gemeinsam den geplanten regelmäßigen Luftschiffverkehr über den Stillen und den Atlantischen Ozean aufnehmen werden, wenn auch noch kein bestimmtes Unternehmen getroffen sei. Präsident Litchfield von der Goodpear Tire u. Rubber Co. gab der Ansicht Ausdruck, daß, nachdem man sich über alle Einzelheiten geeinigt habe, noch immer zwei bis vier Jahre vergehen würden, bis der Betrieb der Luftschifflinien aufgenommen werden könne. Man nimmt an, daß außer den erwähnten Neuporter Banken auch die Dollar-Schiffahrtlinien an dem geplanten Unternehmen interessiert sind. Litchfield teilte auch mit, daß Knut Edener, Dr. Edeners Sohn, in die Goodpear Zeppelinwerke eintreten werde, sobald Dr. Edener nach Friedenshafen zurückkehre.

Dr. Edener erklärte ferner, daß er beabsichtige, mit dem „Graf Zeppelin“ in diesem Jahr noch mehrere Fahrten in Europa, namentlich nach Skandinavien, zu unternehmen. Er werde vielleicht auch noch einmal mit dem Luftschiff nach den Vereinigten Staaten kommen, voraussichtlich, daß er die Flughalle in Lakehurst benutzen könne.